



Arguliner Generationengerechtigkeit

Generationengerechtigkeit ist in Zeiten des demographischen Wandels eines der zentralen politischen Themen. Die Jungen Liberalen nehmen sich diesem Problem umfassend an. Das Thema Generationengerechtigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Anträge und Beschlüsse. Zunächst muss definiert werden, welche der so genannten „klassischen“ Politikfelder zur Generationengerechtigkeit gehören. Hier kann man als erstes zwischen den Investitionen und den Altlasten differenzieren. Investiert werden muss vor allem in die Bereiche Umwelt und Bildung, aber auch in den Ausbau und die Pflege der Infrastruktur, damit auch zukünftige Generationen mindestens die gleichen Chancen haben wie wir. Auf der anderen Seite müssen für eine generationenübergreifende Chancengerechtigkeit die Altlasten, wie die Staatsverschuldung oder die maroden Sozialversicherungsmodelle, so gering wie möglich gehalten werden. Im Hinblick auf die heutigen Sozialversicherungsmodelle muss kurzfristig Schadensbegrenzung sowie mittel- und langfristig ein verbessertes, gerechteres und wirtschaftlich tragbares Modell ein Anliegen der Politik sein. Zwischen diesen Altlasten und den nötigen Investitionen muss ein Ausgleich gefunden werden, der weder alte Menschen noch junge Menschen oder künftige Generationen über Gebühr belastet.

Staatsverschuldung

Gerade durch die Finanzkrise hat sich die dramatische Lage noch verschlimmert. Momentan hat die Bundesrepublik Deutschland über 1,6 Billionen Euro Schulden! Dies bedeutet für jeden Bürger mehr als 19.577 Euro Schulden oder anders ausgedrückt wächst die Neuverschuldung jede Sekunde um knapp 4400 Euro an!

Man kann der Regierung momentan nicht vorwerfen, dass jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise Schulden gemacht werden, auch wenn die Höhe unglaublich und diskutabel ist. (So sind z.B. einzelne Maßnahmen der Konjunkturpakete wie die Abwrackprämie unnützlich und verschlimmern die Haushaltslage umso mehr). Jedoch hat die Regierung in den vergangenen guten Jahren nicht gespart, sondern immer mehr ausgegeben.

Der Staat hat noch nie so viele Einnahmen gehabt wie in den ersten Jahren der letzten Legislaturperiode, aber seine Ausgaben sind immer weiter gestiegen. Das ist das Problem. In guten Zeiten wurde nicht gespart und nun muss man noch mehr Schulden aufnehmen.

Trotz dieser erschreckenden Zahlen kann man beispielhaft am Haushaltsplan des Bundes 2009 sehen, dass die Politik nicht gegensteuert. Die Ausgaben sind in den letzten sieben Jahren um fast 40 Mrd. auf über 288 Mrd. Euro angestiegen. Auch die Neuverschuldung ist – gerade im letzten Jahr – dramatisch angestiegen. Hätte man in den letzten sieben Jahren die Ausgabenseite konstant gehalten, könnten wir schon in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 10 Mrd. Euro an Schulden zurückzahlen. Und nicht wie von der Großen Koalition beschlossen, erst 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Jeder Bürger und jedes Unternehmen muss mit dem ihm zur Verfügung stehenden Geld wirtschaften. Nur in Ausnahmefällen, um bestimmte größere Projekte wie zum Beispiel einen Hauskauf zu finanzieren, werden Schulden aufgenommen. Diese Schulden werden jedoch meistens nach einem genauen Tilgungsplan wieder zurückbezahlt. Bei der Staatsverschuldung hingegen werden die Schulden immer mehr. Vor allem in den letzten Jahrzehnten kann man hier einen konstanten Anstieg beobachten. In der aktuellen Debatte wird es immer als Erfolg verkauft, wenn weniger neue Schulden gemacht wurden als im Jahr zuvor. Ehrlicherweise müsste jedoch jedes Jahr von einem immer weiter wachsenden Schuldenberg gesprochen werden, der wiederum als Altlast für die künftigen Generationen aufgebaut wird. Hierauf müssen wir also immer wieder gezielt hinweisen.

Enttäuschend ist jedoch zu den immer weiter steigenden Staatsausgaben auch noch die Verteilung des Staatshaushaltes auf die einzelnen Ressorts. Die Etats für Bildung, Verkehr und Umwelt sind zusammen etwas kleiner als die jährlichen Zinszahlungen, die aufgrund des Schuldenbergs getätigt werden müssen (jeweils knapp um die 40 Mrd.). Jeder sechste Euro der Einnahmen des Bundes geht demnach für Zinsen drauf! Der größte „Brocken“ im Staatshaushalt 2009 ist Arbeit und Soziales. Hier werden 123 Mrd. Euro verschlungen. Auch dieser große Ausgabenberg verwaltet jedoch lediglich Probleme, anstatt sie zu lösen und in die Zukunft zu investieren.

Interessant ist bei den ganzen Zahlen vor allem auch die konjunkturelle Lage der letzten Jahre. Die Große Koalition hat sich bis 2008 als große Schuldendämpfungsmaschine feiern lassen, dabei darf aber nicht vergessen werden, dass wir in diesen Jahren ein gutes, solides Wirtschaftswachstum hatten und einen sehr freundlichen Verbraucherklimateindex. Die Große Koalition hat diese Mehreinnahmen allerdings nicht für eine Beschleunigung der Konsolidierung genutzt, sondern lediglich kleine Wohltaten vollbracht, um Wählerstimmen zu sichern. Ihr Ziel, 2011 keine Neuverschuldung mehr aufzunehmen, fällt in eine wirtschaftlich schlechtere Zeit, sogar in eine durch die Finanzmarktkrise verschuldete Rezession. Dies ist in der Planung jedoch überhaupt nicht berücksichtigt.

Die tagespolitischen Probleme führen immer wieder zum selben Reflex. Um diese zu lösen, werden neue Schulden zu Lasten der künftigen Generationen aufgenommen, da dies - zumindest kurzfristig betrachtet - der einfachste Weg ist. Wir JuLis fordern deshalb ein echtes Verschuldungsverbot im Grundgesetz, wie es zum Beispiel auch in der Schweiz für den Bund gilt. Ausnahmen sollen nur mit 2/3 des Parlaments und einem verbindlichen Tilgungsplan erlaubt sein, wie es bei jedem Bürger oder Unternehmen auch der Fall ist (s.o.). Schulden sollten nämlich nur nach reiflicher Überlegung und bei überschaubaren Rückzahlungsmöglichkeiten getätigt und nicht als Normalität angesehen werden.

Falls Ihr noch nicht genug habt, könnt Ihr auch noch Euren Landeshaushalt unter die Lupe nehmen. Die hier aufgelisteten Zahlen gelten nämlich nur für die Verschuldung des Bundes!

Wichtigste Punkte:

- Einnahmenseite steigt jedes Jahr um mehrere Milliarden Euro an!
- Es wird immer wieder beschönigend von einer „geringeren Neuverschuldung“ gesprochen, anstelle ehrlicher Weise von einem immer weiter wachsenden Schuldenberg!
- Bildung, Verkehr und Umwelt haben gemeinsam einen kleineren Etat als die Höhe der jährlichen Zinslast!
- Abbau Neuverschuldung hätte in wirtschaftlich guten bzw. soliden Jahren stattfinden müssen
- Deshalb muss ein Verschuldungsverbot ins Grundgesetz

Ach ja, der Staat hat übrigens in der Zeit, in der Du Dir diesen Abschnitt durchgelesen hast, ca. 100.000 Euro neue Schulden angehäuft!

Rente

Im Jahre 2050 wird die Bevölkerung Deutschlands nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes von zurzeit 82 Mio. auf 68 Mio. Einwohner zurückgehen. Gleichzeitig wird der Anteil der Personen über 60 Jahren stark ansteigen. Deutschland, wie auch den anderen Industrienationen, droht also nicht nur eine Schrumpfung, sondern auch eine Überalterung.

Dies hat Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Unter Beibehaltung der bisherigen Altersgrenzen und Erwerbsstrukturen geht damit eine Verminderung des Erwerbspotentials und des gesamtgesellschaftlichen Potentials z.B. für Forschung und Entwicklung einher.

Immer weniger Kindern und jungen Menschen stehen immer mehr Senioren gegenüber.

Unser derzeitiges Rentensystem basiert auf einem Umlageverfahren, nach dem die momentan arbeitende Generation durch ihre Rentenbeiträge die Renten der jetzigen Rentnergeneration finanziert. Der unabwendbare demographische Wandel macht dieses antiquierte Finanzierungssystem in Zukunft unmöglich, weil immer weniger Einzahler immer mehr Empfängern (Rentnern) gegenüberstehen. Die Einschätzung Adenauers in den 50er Jahren „Kinder bekommen die Leute immer...“ ist durch die heutige Zeit somit widerlegt. Diese Entwicklung erfordert nach jahrzehntelangem Wegsehen und Verschweigen von Seiten der Politik eine klare Neuformierung unseres Alterssicherungssystems, bevor die finanzielle Last untragbar wird und es unweigerlich zum Platzen der Rentenblase kommt. Grundsätzlich setzen wir deshalb auf einen Systemwechsel von der umlagefinanzierten zur privat angesparten Kapital gedeckten Rente voraus.

In der Bevölkerung ist immer noch nicht allgemein bekannt, dass die eigenen Rentenbeiträge keine Rücklage für die eigene Rente bilden, sondern für die aktuelle Rentnergeneration eingesetzt werden, ohne dass Geld angespart wird. Dies führt zu Unverständnis und Ablehnung, wenn von der Notwendigkeit von Reformen gesprochen wird. Es muss außerdem auch Verständnis geweckt werden, dass es ungerecht wäre, die jetzt ins Arbeitsleben einsteigende Generation in vollem Umfang mit Rentenansprüchen zu belasten, die unter völlig anderen Grundparametern begründet worden sind. Konsequente Aufklärung und Verständnis der Problematik

sind der erste notwendige Schritt, um die Menschen für ein neues System der Alterssicherung vorzubereiten.

Um für jeden Bürger, egal in welchem Alter, eine finanziell abgesicherte Existenz im Alter im Bedarfsfall sicherzustellen, setzen wir auf das Bürgergeldmodell. Danach steht jedem Bürger grundsätzlich ein Geldbetrag zu, der sein Existenzminimum sichert, wenn er kein anderweitiges genügendes Einkommen hat. Durch dieses Modell sollen alle Bürger davor geschützt werden, im Alter mittellos zu werden.

Wer im Alter mehr Geld zur Verfügung haben möchte, muss hierfür jedoch selbst vorsorgen. Jeder Bürger muss während seines Lebens und insbesondere während seines Arbeitslebens im Rahmen einer Pflicht zur Versicherung selbst dafür Sorge tragen, sich über Versicherungen, Geldanlagen oder ähnliche Mittel Rentenansprüche für sein Alter aufzubauen.

Diese volle Kapitaldeckung macht das Rentensystem demographiefest, indem es die Rentenfinanzierung von der Zahl der in Zukunft arbeitenden Bevölkerung löst. Damit wird verhindert, dass Ansprüche an das Rentensystem begründet werden, die eine zukünftige kleinere erwirtschaftende Generation nicht mehr leisten kann.

Von dem Tag des Inkrafttretens eines neuen Rentensystems an werden keine neuen Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung mehr erworben. Bisher erworbene Ansprüche bleiben dagegen bestehen. Dies ist aus verfassungsrechtlicher Sicht erforderlich, aber auch, weil Personen wenige Jahre vor dem Ende ihres Berufslebens keine Möglichkeit mehr haben, sich eigene Ansprüche in genügender Höhe durch Geldanlage zu verschaffen.

Der Übergang von der umlagefinanzierten zur vollen privaten Absicherung stellt für eine Übergangsphase, die etwa 50 Jahren entspricht eine erhebliche Belastung dar, besonders für die Generation, die momentan im Arbeitsleben ist.

Diese Generation muss die schon entstandenen Rentenansprüche der vorangehenden Generation aufbringen und gleichzeitig erstmals selbst für ihr Alter vorsorgen. Diese Doppelbelastung ist jedoch unvermeidbar. Sie muss aber wo irgend möglich auf eine breite Trägerschaft verteilt und dadurch gemildert werden, damit der arbeitenden Generation genügend Flexibilität zur eigenen Vorsorge gegeben wird. Wir fordern daher, dass der Wechsel vom umlagefinanzierten Rentensystem hin zum Kapital gedeckten Rentensystem über einen Zeitraum von mehreren Generationen vollzogen wird.

Wichtigste Punkte:

- Der Anteil der Rentner wird immer größer, der Anteil der arbeitenden Bevölkerung dagegen immer kleiner (demographischer Wandel, Stichwort: umgekehrte Alterspyramide)
- Im derzeitigen umlagefinanzierten Rentensystem zahlt man nicht in seine eigene Rente ein, sondern finanziert die heutigen Rentner.
- Die Umstellung auf ein kapitalfinanziertes Rentensystem, sodass jeder Bürger für seine Rente anspart, muss von mehreren Generationen geschultert werden.
- Deshalb muss heute der Einstieg in die Kapitaldeckung erfolgen, um die Rentenversicherung von der demographischen Entwicklung weitgehend abkoppeln zu können.

Umwelt

Der Mensch hat das Recht, die Umwelt zu nutzen. Die Umwelt gehört jedoch nicht nur den heute lebenden Menschen, sondern auch den zukünftigen Generationen. Deshalb muss eine nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen gewährleistet sein und durch Forschung eine bessere Nutzbarkeit vorhandener bzw. eine Entwicklung neuer Technologien geschaffen werden.

In der heutigen Zeit muss es jedem bewusst geworden sein, wie verschwenderisch wir in den letzten Jahrzehnten mit unseren Ressourcen umgegangen sind. Es ist elementar für uns nachfolgende Generationen, dass sowohl Wasser und Boden als auch Luft sauber bleiben oder wieder werden müssen. Es ist deshalb unerlässlich, dass Wege gefunden werden, um Energie zu sparen, aber auch neue saubere Energiequellen zu erforschen. Hierdurch müssen die beiden großen Herausforderungen der Umweltpolitik – die Energie- und Klimapolitik – gelöst werden. Beide dürfen jedoch nicht als nationale Probleme angesehen werden, sondern können nur global gelöst werden.

In der Energiepolitik muss auf einen breiten Mix von verschiedenen Energien gesetzt werden.

Um gerade auch an zukünftige Generationen zu denken, darf Deutschland hier nicht einen eigenen Weg einschlagen. Vielmehr muss in den verschiedensten Bereichen, sei es Kohle, Erdgas, Kernenergie oder erneuerbare Energien, in die Forschung investiert werden, so dass sämtliche Energieträger sauberer und effizienter werden. Hierdurch haben auch junge gut ausgebildete Menschen die Möglichkeit, in Deutschland zu forschen und somit ihr Know-how hier einzubringen. Beim Energiemix setzen wir auf möglichst klimafreundliche Energien, wie die regenerativen Energien und übergangsweise die Kernenergie.

Wichtigster Bestandteil des Energiemix sind die regenerativen Energien, deren Anteil am Energiemix wir kontinuierlich steigern wollen. Langfristig soll der Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden können. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern hat für uns dabei Vorrang vor dem Ausstieg aus der Atomkraft: Das Ziel des Klimaschutzes und die Bekämpfung der globalen Überhitzung muss oberste Priorität genießen.

Grundsätzlich sollte es jedoch keine direkte Subventionierung von bestimmten regenerativen Energien geben. Es muss deshalb eine Änderung des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz), hin zu einem mengengesteuerten Energiemix, vorangetrieben werden. In diesem Konzept legt der Staat einen bestimmten Anteil an erneuerbaren Energien im Energienetz fest. Dieser Anteil muss von allen Energiekonzernen eingehalten werden. Auf welche Art von regenerativen Energien die einzelnen Unternehmen setzen, bleibt ihnen jedoch selbst überlassen. Hierdurch entstehen zwei Vorteile. Zum einen werden regenerative Energien gefördert, ohne den Geldbeutel des Staates zu belasten und zum anderen setzt sich die beste und effizienteste Art der Energiegewinnung durch.

Es kommt jedoch nicht nur auf die Energiegewinnung sondern auch auf den Energieverbrauch an. Um diesen Verbrauch möglichst gering zu halten, ist es notwendig, dass möglichst flächendeckend neuste Technologien verwendet werden. Hierzu kann jeder beitragen! Banale Beispiele hierfür sind die Verwendung von LEDs anstatt herkömmlicher Glühbirnen, ein sparsames Heizen oder Geräte nicht im Stand-by-Modus lassen. Weitere Maßnahmen wären die Abschaffung der KFZ-Steuer bei gleichzeitiger Umlage auf die Mineralölsteuer, so dass der tatsächliche Verbrauch besteuert wird.

Die Energiegewinnung ist jedoch nicht das einzige Problem. Vielmehr müssen sowohl im Bereich des Gewässer-, Boden- als auch des Luftschutzes klare und vor allem verbindliche internationale Regelungen vereinbart werden. Nationale Regelungen bringen kaum einen Erfolg sondern lediglich viele bürokratische Hemmnisse. Um jedoch in der momentanen „Post-Kyoto-Phase“ dem Ziel einer einheitlichen internationalen Vereinbarung näher zu kommen, müssen erste Schritte in der EU unternommen werden.

Ein wichtiger Bestandteil ist hierfür der Emissionshandel. Durch ihn wird ein europäischer Markt geschaffen, der die Unternehmen nicht über Gebühr behindert, aber unsere Ressourcen auch für zukünftige Generationen schützt. Im Emissionshandel wird in verschiedensten Bereichen ein Zertifikatmodell geschaffen, in dem jede Art von CO²-Emission beinhaltet ist.

An diesem System sollen dann sowohl private Haushalte, jede Art von Verkehr, als auch Gewerbe, Dienstleistungen, Land- und Abfallwirtschaft teilnehmen. Auch der zu begrüßende Gebäudepass ist hieran zu koppeln.

Ein wichtiger Baustein für die Umweltpolitik ist außerdem das Bewusstsein der heutigen Generation für die nachfolgenden Generationen. Dies wird vor allem und am besten durch Nichtregierungsorganisationen gefördert, die sich für den Umweltschutz einsetzen. Auch Instrumente, wie zum Beispiel ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder eine größere Sensibilität in Bildungseinrichtungen, können hier langfristige Erfolge erzielen.

Wichtigste Punkte:

- In den letzten Jahrzehnten sind die Menschen wenig bewusst mit der Umwelt umgegangen.
 - Die Politik muss einen klaren Rahmen in Form von Kennzeichnungspflichten oder Grenzwerten vorgeben.
 - Die einzelnen Bürger bzw. Unternehmen sollen dann selbst entscheiden, welche Produkte sie kaufen oder wie sie die geforderten Grenzwerte erreichen.
 - Die Herausforderungen bei der Energie- und Klimapolitik können nur global gelöst werden.
- .Hierdurch wird jeder einzelne Verbraucher und dadurch auch die gesamte Wirtschaft dazu angehalten, wirtschaftlich mit unseren Ressourcen umzugehen.